



Vorlage-Nr.: **2914-2023/DaDi**

Fachbereich: Fraktionslose im Kreistag Darmstadt-Dieburg
Bischoff, Werner

Beteiligungen:

Produkt: **1.01.01.02 Gremienmanagement**

Beschlusslauf:

Nr.	Gremium	Status	Zuständigkeit
1.	Haupt- und Finanzausschuss	Ö	Zur vorbereitenden Beschlussfassung
2.	Kreistag	Ö	Zur abschließenden Beschlussfassung

Betreff: **Resolution – Brief an die Bundesregierung – Antrag Abg. Bischoff (fraktionslos)**

Beschlussvorschlag:

1. Die Abgeordneten des Kreistages Darmstadt Dieburg unterstützen den Brief des Abgeordneten der Partei DIE LINKE. an die Bundesregierung
2. Herr Landrat Schellhaas wird vom Kreistag beauftragt, den Inhalt des Briefes als Position des Kreistages Darmstadt Dieburg an Bundeskanzler Scholz (SPD) und alle Mitglieder der Bundesregierung zu übermitteln

Brieftext:

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, sehr geehrte Mitglieder der Bundesregierung!

Als politische Vertreter des Landkreises Darmstadt Dieburg ist es unser oberstes Ziel, den ca. 300.000 Einwohnern unseres Landkreises eine lebenswerte Umgebung zu schaffen – durch Gestaltung der sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung unserer Region.

Den Herausforderungen der vergangenen Jahre begegneten die Bürger/Innen mit hohem Einsatz und beispielloser Solidarität. Die Kommunen und der Landkreis Darmstadt Dieburg haben enorme zusätzliche finanzielle und personelle Anstrengungen unternommen, um die Krisenbewältigung zu unterstützen. Weitere Belastungen wie sie nun durch den Stellvertreterkrieg zwischen der NATO und Russland entstehen, sind nicht mehr hinnehmbar. Seitens der Bundesregierung gibt es keinerlei Bemühungen, in dieser kriegerischen Auseinandersetzung die Diplomatie sprechen zu lassen und sich für Frieden einzusetzen. Waffenlieferungen in unvorstellbarem Umfang, die diesen Krieg nur weiter befeuern und entfesselte Sanktionsmaßnahmen, die gegen die UN-Charta verstoßen, sind als einzige Handlungsmaßnahme erkennbar.

Der Wohlstand unseres Landes, das gemeinsame Zusammenleben unserer Bevölkerung kann nur

aufrecht erhalten werden, wenn wir friedliche Beziehungen zu anderen Ländern anstreben. Auch wenn dort teilweise andere Werte gelebt werden, darf ein dauerhafter Konflikt oder gar Kriegszustand, wie wir ihn derzeit in der Ukraine erleben, niemals Ergebnis deutscher Politik sein.

Angesichts der jetzt bereits absehbaren Folgen betrachten wir die Entwicklung mit größter Sorge und Fassungslosigkeit. Dabei gilt unser Mitgefühl den vielen Opfern des Krieges und auch denen, die unter den völkerrechtswidrig verhängten Sanktionen existenziell zu leiden haben. Derzeit steht der soziale Friede in unserem Land auf dem Prüfstand. Es drohen eine weitere Rekordinflation, Kurzarbeit, Betriebsschließungen und ja eine De-Industrialisierung des Wirtschaftsstandortes Deutschland. Horrende Energie- und Lebenshaltungskosten treiben die Menschen auf die Straßen.

Wenn sich der politische Kurs nicht ändert, werden die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen verheerend sein. Symbolische Hilfen beheben keines der ursächlichen Probleme.

Wir rufen Sie als Bundesregierung auf, ALLES zu unterlassen, was diesen Krieg verlängert und Alles zu tun, dass die Waffen schweigen.

Mit freundlichen Grüßen

Begründung:

Diese Stellungnahme des Kreistages Darmstadt Dieburg, greift die Sorgen der Mehrheit der Bürger/Innen im Landkreis auf.